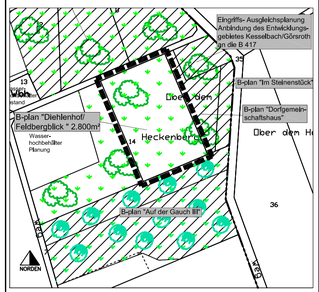
Zuordnung externer Flächen und Massnahmen zur Kompensation der vorbereiteten Eingriffe (§1a BauGB)

Gemeinde Hünstetten Gemarkung Strinz Trinitatis, Südlich Heckenberg
Flur 41, Flurstücke 14 tw., 2.800m²

Maßstab: 1 : 2000

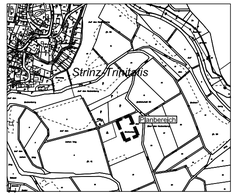


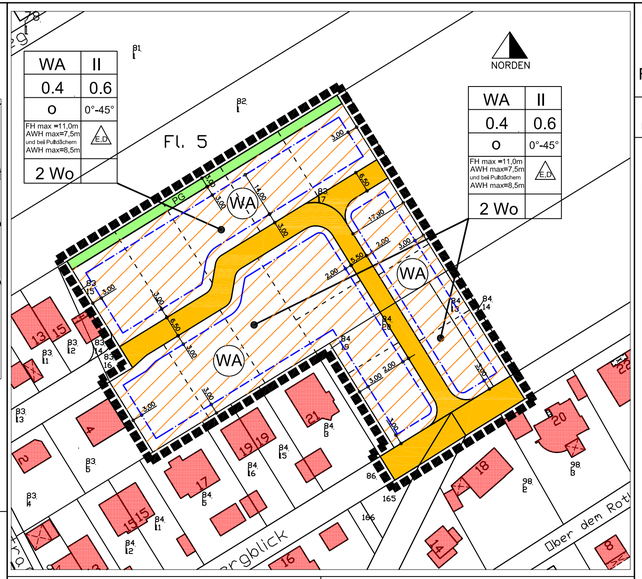
Maßnahmen

1. Anbau einer stark stickstoffzehrenden Vorfrucht
2. Vorbereitung für Ansaat durch Pflügen, Eggen, Grubbern etc.
3. Auftragen einer Heumulchsaat. Das Schnittgut kann unmittelbar nach den Pflegemaßnahmen im Naturschutzgebiet auf die Flächen aufgebracht werden.
4. Pflegemaßnahmen
   Die aus der Heumulchansaat keimende Vegetation ist in den folgenden Jahren 1 bis 2-schürig zu mähen. Da Mähgut ist abzutransportieren bzw. auch für die Heu- Mulchansaat anderer Flächen zu verwenden. Alternativ kann eine Extensivbeweidung erfolgen. Entwicklungsziel ist hier eine Grünlandgesellschaft magerer und mäßig frischer Standorte. Bei optimalen, jedoch nicht im Voraus zu prognostizierenden, Umständen, können sich auch Borstgras- und Heidegesellschaften ansiedeln.
5. Anpflanzung von Wachholder. Auf allen Grundstücken zusammen sollen insgesamt in 10 dreier Gruppen Wacholder angepflanzt werden.Das Pflanzmaterial soll aus Samen vorgezogen werden. Das Saatgut ist von den Wacholdern auf dem Heckenberg zu werben und keimfähig zu machen (Anmerkung; muss in der Natur den Verdauungstrakt von Vögeln durchlaufen). Die Pflanzung erfolgt dann nach ausreichender Größe (ca. 40 - 50 cm) mit den vorgegeben Pflanzen.

zugeordnete Ausgleichsfläche
Insgesamt 2.800m² Anteil des Flurstückes 14 in der Flur 41, Gemarkung Strinz-Trinitatis

Übersichtsplan ohne Maßstab





WA	II
0.4	0.6
o	0°-45°
FH max =11,0m AWH max=7,5m und bei Pultdächern AWH max=8,5m	E.D.
2 Wo	

ZEICHENERKLÄRUNG

Bestand

z.B.: *Fl. 5* Flurnummer
z.B.: *95* Flurstücksnummer
Flurstücksgrenze
Bauliche Anlage

Hinweis
Parzellierungsvorschlag

Festsetzungen
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches [§ 9 (7) BauGB]
Baugrenze [§ 23 (1) und (3) BauNVO]

WA	II
0.4	0.6
o	0°-45°
FH max =11,0m AWH max=7,5m und bei Pultdächern AWH max=8,5m	E.D.
2 Wo	

Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse [§§ 16, 17 und 20 BauNVO]
Grundflächenzahl [§§ 16, 17 und 19 BauNVO]	Geschoßflächenzahl [§§ 16, 17 und 20 BauNVO]
Bauweise [§ 22 (2) BauNVO]	Dachneigung
Höchstgrenze der Firsthöhe Höchstgrenze der Außenwandhöhe [§15 (2) 4 und §18 (1) BauNVO] Beschränkung der Zahl der Wohnungen [§ 9 (1) 6 BauGB]	Einzel- und Doppelhäuser zulässig [§9 (1) 2 BauNVO] i.V.m. § 22 BauNVO]

WA Allgemeines Wohngebiet [§ 4 BauNVO]
Verkehrsfläche [§ 9 (1) 11 BauGB]
PG private Grünfläche [§ 9 (1) 15 BauGB]

Bebauungsplan der Gemeinde Hünstetten

MIT INTEGRIERTEM GRÜNORDNUNGSPLAN

Ortsteil Görsroth

Für das Gebiet "Feldbergblick/Diehlenhof""

BESTANDTEIL DES BEBAUUNGSPLANES SIND NEBEN DER ZEICHNUNG FOLGENDE TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 (1) BauGB

1. Art, Maß und Weise der baulichen Nutzung § 9 (1), Nr. 1 und 2 BauGB

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Maß der baulichen Nutzung § 16 BauNVO				
	§ 19	§ 20	§ 20		
Zulässige Nutzungen gemäß BauNVO in der Fassung vom 23.01.1990	Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl	Zahl der Vollgeschosse	Bauweise § 9 (1) 2 (e) § 22 (2) BauNVO	
	GRZ	GFZ	Z		Nutzungseinschränkungen, zulässige Nutzungen
WA Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO	0,4	0,6	II	o (offen)	Die nach § 4 Abs. 3 BauNVO Nr. 1–5 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Beherbergungsbetriebe, nicht störendes Gewerbe, Verwaltungen, Gartenbaubetriebe, Tankstellen) sind insgesamt ausgeschlossen. Bauschlossereien,Maschinen – bauwerkstätten Schreinereien, Zimmereien, Kfz.–Reparatur– werkstätten, Lackierereien und Stanzereien werden nach § 1 Abs. 9 i.V.m. Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen.

2. Zulässig sind ausschließlich Einzel– und Doppelhäuser [§ 9 (1) Nr. 2 i. V. m. § 22 (2) BauNVO]
3. Das Mindestmaß eines Baugrundstückes beträgt im allgemeinen Wohngebiet 400 m² bei Einzelhausbebauung und 320m² bei Doppelhausbebauung. Es dürfen pro Grundstück max. 2 Wohnungen errichtet werden.
4. Höhenlage der baulichen Anlage [§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i. V. m. (2) sowie § 18 (1) BauNVO und § 16 (2) 4 BauNVO].

   Es gelten die nachfolgenden Höhenbeschränkungen:
   - maximal zulässige Firsthöhe FHmax = 11,00m
   - maximal zulässige Außenwandhöhe AWHmax = 7,50m
     Gesamthöhe bei Flachdächern
   - maximal zulässige Außenwandhöhe bei Pultdächern AWHmax = 8,50m

   Als maximal zulässige Außenwandhöhe gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zur Schnittkante der Außenwand mit der Dachhaut.

   Als maximal zulässige Firsthöhe gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zum höchsten Punkt der Oberkante Dachhaut. Schornsteine und Antennen bleiben hierbei unberücksichtigt.

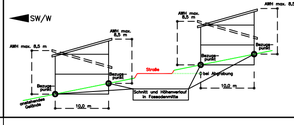
   Höhenbezugspunkt für die maximale Firsthöhe ist der Schnittpunkt der straßenseitigen Außenwand des Gebäudes – in der Mitte der Fassade – mit dem natürlichen Gelände.

   Höhenbezugspunkt für die maximale Außenwandhöhe ist der Schnittpunkt der Außenwand des Gebäudes – in der Mitte der Fassade – mit dem natürlichen Gelände.

   Talseitige Abgrabungen können zugelassen werden, in diesem Fall ist der oben definierte Höhenbezugspunkt am geplanten Gelände zu bemessen (geplantes Gelände = natürliches Gelände – Abgrabung).

Skizze Satteldächer

Skizze Pultdächer



Flächendisposition (ca. Angaben)	
Gesamtfläche	= 8.165 m²
Baufläche WA	= 6.433 m²
bebaubar gem. GRZ 0,4	= 2.573 m²
Freifläche	= 3.860 m²
Baugrundstücke 14	
Verkehrsfläche	= 1.444 m²
Straße Bestand	= .386 m²
Straße Planung	= 1.058 m²
Grünfläche	= .288 m²
private Grünfläche	= .288 m²

5. Überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO)
   Die Überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt.
6. Nebenanlagen (§§ 14 und 23 BauNVO)
   Einfriedungen, Stützmauern, Garagen, Carports und Stellplätzen sowie Gartenterrassen und sonstigen Gartenanrichtungen wie Trockenmauern etc. sind auch in den nicht überbaubaren Flächen zulässig. Nebenanlagen entsprechend § 14 (1) und § 23 BauNVO werden in den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nicht zugelassen. Nebenanlagen gemäß § 14 (2) BauNVO sind dort insgesamt zulässig.
7. Festsetzungen für den engeren Geltungsbereich gem. § 9 (1) Nr. 15, 25 a. und b. und 20 BauGB
   7.1. Umfang und Grad der Versiegelung der nicht durch Gebäude überstellten Grundstücksfläche
   Die Grundstückszufahrten und – zuwege sowie Stellplätze sind als teilversiegelte Oberflächenbefestigungen (z.B. Drönfugenpflaster, Rasengittersteine, Rasenziegel o.ä.) oder mit einer seitlichen Entwässerung in grünbestandn angelegte Grundstücksfreiflächen mit Versickerung über die belebte Bodenzone zulässig.
   7.2. Nicht versiegelte Grundstücksflächen
   Die nicht versiegelten Grundstücksflächen sind gärtnerisch oder naturnah (ohne gärtnerische Nutzung oder Pflege) anzulegen.
   7.3. Pflanzgebote und Pflanzbindungen und Pflanzerhaltung einschließlich Maßnahmen zur Entwicklung und Erhaltung
   a. Auf mindestens 10 % der Grundstücksfreifläche sind standortty pische Gehölze anzupflanzen. Hierbei ist je angefangener 300 m² Grundstücksfläche ein großkroniger standortheimischer Laubbaum zu pflanzen.
   b. Zur Ortsrandeingrünung ist eine private Grünfläche (PG) mit Anpflanzungsgebot festgesetzt. Hier ist je laufende 10 m Länge ein großkroniger Laubbaum oder hochstämmiger Obstbaum und mindestens pro 3 m² ein Strauch zu pflanzen.
   c. Die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern hat nach Maßgabe der Artenverwendungsliste des Bebauungsplanes zu erfolgen. Alle neu zu pflanzenden Gehölze sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang zu ersetzen.

Artenverwendungsliste für Be– Durch– und Eingrünung

ARTENLISTE STANDORTGERECHTER HEIMISCHER GEHÖLZE

für die Bepflanzungsfestsetzungen
Bodenansprüche: trocken = tro; frisch = fr, Feucht = fe

a) GROSSE BÄUME (> 25 m)

Acer platanoides	– Spitzahorn	tro fr fe
Acer pseudoplatanus	– Bergahorn	fr
Fagus sylvatica	– Buche	fr fe
Fraxinus excelsior	– Esche	tro fr fe
Quercus petraea	– Traubeneiche	tro fr
Quercus robur	– Stieleiche	fr fe
Tilia cordata	– Winterlinde	fr

b) MITTLERE BÄUME (10–25 m)

Carpinus betulus	– Hainbuche	tro fr fe
Prunus avium	– Vogelkirsche	fr

c) KLEINE BÄUME (< 10 m)

Acer campestre	– Feldahorn	tro fr
Sorbus aucuparia	– Eberesche	tro fr

d) OBSTGEHÖLZE

Äpfel	Süßkirschen
Erbocher Mostapfel	Kassins Frühe
Hauxapfel	Schneiders Späte Knorpelkirsche
Gelber Edel	Dönissens Gelbe Knorpelkirsche
Rote Sternrenette	
Landsberger Renette	Birnen
Bretlacher	Pastorenbirne
Ontario	Grätin von Paris
Schöner aus Boskoop	Köstliche von Cherneu
Oldenburger	Gellerts Butterbirne
Rheinischer Winterrambour	Nordhäuser Winterforelle
Rheinischer Bohnapfel	Gute Graue
Jakob Fischer	Oberösterreichische Weinbirne
Jakob Lebel	Stuttgorter Geißhirtle
Roter Boskoop	Philippsbirne
Kaiser Wilhelm	Williams Christbirne
Prinz Albrecht	
Speierling	
Mispeln	
Wangenheims Frühzwetsche	
Schönberger Zwetsche	
Hauszwetsche	

e) GROSSE STRÄUCHER (> 7 m)

Corylus avellana	– Hasel	tro fr fe
Crataegus laevigata	– Weißdorn (zweigrifflig)	tro fr
Crataegus monogyna	– Weißdorn (eingrifflig)	tro fr
Salix caprea	– Salweide	fr
Sambucus nigra	– Schwarzer Holunder	fe
Sambucus racemosa	– Traubenholunder	tro fe

f) MITTLERE STRÄUCHER (1,5 – 7 m)

Cornus sanguinea	– Hartriegel	tro fr fe
Euonymus europaeus	– Pfaffenhütchen	fr
Lonicera xylosteum	– Heckenkirsche	fr
Prunus spinosa	– Schwarzdorn	tro fr
Rosa canina	– Hundsrose	tro fr
Rosa pimpinellifolia	– Bibernellrose	tro fr
Viburnum lantana	– Wolliger Schneeball	tro fr

g) KLEINE STRÄUCHER (< 1,5 m)

Rubus caesius	– Kratzbeere	
Rubus fructicosus	– Brombeere	tro fr
Rubus idaeus	– Himbeere	tro fr

h) BODENDECKER

Hedera helix	– Efeu	fr
Vinca minor	– Kleines Immergrün	fr

i) SCHLINGPFLANZEN

Clematis vitalba	– Waldrebe	fr
Hedera helix	– Efeu	fr
Lonicera periclymenum	– Wald–Geißblatt	fr

7.4. Solarenergieanlagen
Solarenergieanlagen (solarthermische und photovoltaische Anlagen) sind zugelassen.

B. BAURORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN nach § 9 (4) BauGB i. V. m. § 81 HBO

1. Bauform
1.1. Dächer
   – Es sind Flach–, Pult–, Sattel–, Walm–, Zelt–, oder Krüppelwalmdächer mit einer Neigung von 0° – 45° zulässig.
   – Dachgauben und Zwerchhäuser sind zulässig.
   – Dachflächenfenster dürfen in ihrer Summe max. 1/3 der Traufläge der zugehörigen Dachfläche betragen.
1.2. Fassaden
   – Unzulässig sind Fassadenverkleidungen aus Kunststoff sowie glänzende und reflektierende Materialien.
2. Gestaltung der Grundstücksflächen
   Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Ihre max. Größe wird auf 0,5 m² begrenzt.
   Gebäudeteile unterhalb Oberkante Rohfußboden Kellergeschoss (Fundamente) sind Niveaugleich mit Boden anzudecken.
3. Garagen und Stellplätze
   Pro Wohnung sind mindestens 2 Stellplätze auf dem zugehörigen Baugrundstück zu errichten.

C. Aufnahme der Inhalte des Hessischen Wassergesetzes gem. § 9 Abs. 4 BauGB

Zur Sicherung des Wasserhaushaltes und einer rationellen Verwendung des Wassers und zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Abwasserbehandlungsanlagen und zur Verringerung von Überschwemmungsgefahren, muss von Dachflächen abfließendes und sonst auf dem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser gesammelt, verwendet oder zur Versickerung gebracht werden.

Zur Berücksichtigung oben genannten Landesregelung wird die Regenwassernutzung wie folgt festgelegt:

1. Das anfallende Niederschlagswasser der Dachflächen (einschließlich Dachein–schnitte) muss über ein getrenntes Leitungsnetz in, auf den Grundstücken zu errichtenden Zisternen geleitet werden.
2. Die wasserundurchlässigen Zisternen müssen über einen Überlauf an die örtlichen Kanalisation angeschlossen werden, alternativ kann das überschüssige Wasser aus den Zisternen auf dem Grundstück versickert werden. Voraussetzung ist eine entsprechende Untergrundbeschaffenheit (der Nachweis ist zu erbringen). Es ist außerdem zu beachten, dass der Flurabstand zu höchsten natürlichen Grundwasserstand mindestens 1,50m betragen muss und das Niederschlagswasser nicht schädlich verunreinigt ist. Die entsprechenden Bedingungen des Wasserhaushaltsgesetzes bzw. des Hessischen Wassergesetzes sind zu beachten. Die Art der Versickerung ist im Bauantrag nachzuweisen.
3. Das Rückhaltefassungsvermögen der Zisternen muss mindestens 30L/m² horizontal projizierter Dachfläche, jedoch mindestens 3,0m³ betragen. Die Entnahme von Brauchwasser (z.B. zur Gartenbewässerung, Toilettenspülung etc.) ist zulässig und erwünscht:

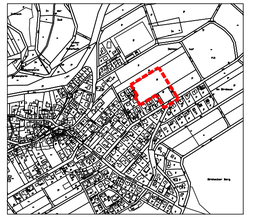
D. Sonstige Vorschrifften, Hinweise, Empfehlungen, nachrichtliche Übernahme

1. Denkmalschutz [§ 20(3) HDSchG]
   Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden. Diese sind nach § 20 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, Archäologische Denkmalpflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden; Funde und Fundstellen sind in unveränderten Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen.
2. Verlegung von Leitungen
   Bei Planung und Durchführung von unterirdischen Ver– und Entsor–gungsleitungen sind zu geplanten Baumstandorten die Mindestabstände und Vorschriften gemäß DVGW–Regelwerk zu beachten.
3. Abfallwirtschaft
   Um das Abfallaufkommen zu reduzieren, wird rät das gesamte Baugebiet empfohlen, eine Eigenkompostierung organische Abfälle durchzuführen.
4. Anfallender Erdaushub
   Der anfallender Erdaushub soll nach Möglichkeit auf dem Baugrundstück verbleiben, so dass der Oberboden nach § 202 BauGB zu Beginn der Erdarbeiten zu sichern und nach Beendigung der Baumaßnahme auf dem Grundstück wieder zur Herstellung von Vegetationsschichten aufzutragen ist.
5. Stellplatzsatzung
   Abweichend von Anlage 1 zur Stellplatzsatzung der Gemeinde Hünstetten vom 16.11.1995 wird im Geltungsbereich des Bebauungsplanes festgesetzt, dass je Wohnung eine Mindestzahl von 2 Stellplätze erforderlich ist. Diese sind auf der zugehörigen Baugrundstücksfläche zu errichten.
6. Sportanlagenlärm
   Für das Gebiet wurde eine Immissionsprognose erstellt, Gutachterliche Stellungnahme, P 09008 GSA Limburg GmbH. Diese kann bei der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316)
Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs– und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58)
Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2008 (BGBl. I S. 686, 688)
Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz (UVPändRLG Art.) i. d. F. vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950)
Hessische Bauordnung (HBO) i. d. F. vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274), geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2005 (GVBl. I S. 434), zuletzt geändert am 28. September 2005 (GVBL., Nr. 23, S. 662)
Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz – HENatG) i. d. F. von Art. 1 des Gesetzes zur Reform des Naturschutzrechts, zur Änderung des Hess. Forstgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 4. Dezember 2006 (GVGl. Teil I S. 619), zuletzt geändert am 12. Dezember (GVBl. S. 851)
Hessische Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. April 2005, zuletzt geändert durch Art. 2 Änderung vom 15. November 2007 (GVBL. I S. 757)
Verkündungsstand 20. Februar 2009, in Kraft ab 29. November 2007 (GVBl. I S. 142, GVBL. II S. 331–1)
Hessisches Wassergesetz (HWG) vom 6. Mai 2005 (GVBl. I S. 305), zuletzt geändert am 19. November 2007
Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz – DSchG) vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450) i. d. F. vom 5. September 1986 (GVBl. I S. 262, 270) zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 31. Oktober 2001 (GVBl. I S. 434)
Hessisches Nachbarrechtsgesetz (NachbG) vom 24. September 1962 (GVBl. I S. 417), zuletzt geändert am 25. September 1990 (GVBl. I S. 563)

Übersichtsplan ohne Maßstab



Verfahrensschritte:	Datum
1. a) Aufstellungsbeschluss [§ 2 (1) BauGB]	24.04.2008
b) Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses [§2 (1) BauGB]	24.10.2008
2. a) Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit [§ 3 (1) i.V.m. § 4a BauGB]	24.10.2008
b) Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit [§ 3 (1) BauGB]	03.11.2008 bis 14.11.2008
3. Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange [§ 4 (1) i.V.m. § 4a BauGB] und Abstimmung mit benachbarten Gemeinden [§ 2 (2) BauGB]	13.10.2008 bis 14.11.2008
b) Beschluss über die eingegangenen Anregungen	19.03.2009
4. a) Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung [§ 3 (2) BauGB]	05.02.2009
b) Übersendung des Bebauungsplanentwurfes an die Träger öffentlicher Belange [§ 3 (2) BauGB]	11.02.2009
c) Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes [§ 3 (2) BauGB]	13.02.2009 bis 13.03.2009
d) Abwägungsbeschluss zu den vorgebrachten Anregungen [§ 3 (2) BauGB]	19.03.2009
5. Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung von vorgebrachten Anregungen gem. [§ 3 (2) BauGB]	27.03.2009
6. Satzungsbeschluss gem. [§ 10 (1) BauGB]	19.03.2009

Für das Verfahren
Der Vorstand der Gemeinde Hünstetten

Petri
Hünstetten, den –Bürgermeister–

7. Ortsübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes und Inkrafttreten [§ 10 (3) BauGB]
Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung wurde am ..... ortsüblich öffentlich bekanntgemacht.
Der Vorstand der Gemeinde Hünstetten

A. Petri
Hünstetten, den –Bürgermeister–

SLE-CONSULT
Dipl.-Ing. Egon Köhler

Stadtplanung
Landschaftsplanung
Erschließung

Rudolf–Dietz Strasse 13, 65520 Bad Camberg, Tel.: 06434–900400

Projekt: Bebauungsplan für den Bereich "Feldbergblick/Diehlenhof" Ortsteil Görsroth	Planungsträger: Gemeinde Hünstetten Im Lagersboden 5 65510 Hünstetten
Planbezeichnung: Bebauungsplan	Masstab: 1 : 1000 Plan Nr.: 1
Planungsstand: Rechtsplan	Zeichner: M.W. Datum: März 2009
Planungsträger:	Planung: